

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – aktuelle Trends und Perspektiven

Werner Brachat-Schwarz



Dipl.-Volkswirt Werner Brachat-Schwarz ist Leiter des Referats „Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs hat sich seit der Wiedervereinigung um mehr als 900 000 auf heute 10,75 Mill. Personen erhöht. Der prozentuale Anstieg war damit – gemeinsam mit Bayern – stärker als in allen anderen Bundesländern. Allerdings hat sich der Bevölkerungszuwachs im Land in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Und auch für die Zukunft ist lediglich noch bis etwa 2011 mit einem Anstieg der Einwohnerzahl zu rechnen, da die voraussichtlich nur noch moderaten Wanderungsgewinne die künftig steigenden Sterbefallüberschüsse nicht mehr kompensieren können.

im Zuge der Wiedervereinigung die Einwohnerzahl binnen eines Jahres um 203 000 angestiegen ist.

Seit der Wiedervereinigung hat Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern mit einem Plus von 9,4 % den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer erzielt (Schaubild 1). Dahinter folgen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Erhebliche Bevölkerungsrückgänge mussten Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen hinnehmen. Von den Ländern des früheren Bundesgebiets verzeichneten Berlin, Bremen und das Saarland Einwohnerverluste.

Bundesweit stärkstes Bevölkerungswachstum

Seit der Gründung des Landes im Jahr 1952 hat sich die Einwohnerzahl Baden-Württembergs um gut 4 Mill. oder 60 % auf heute 10,75 Mill. erhöht. Lediglich in 6 Jahren (1974 bis 1976 und 1982 bis 1984) ist die Bevölkerungszahl vor allem arbeitsmarktbedingt zurückgegangen. Der stärkste Zuwachs wurde 1990 erzielt, als

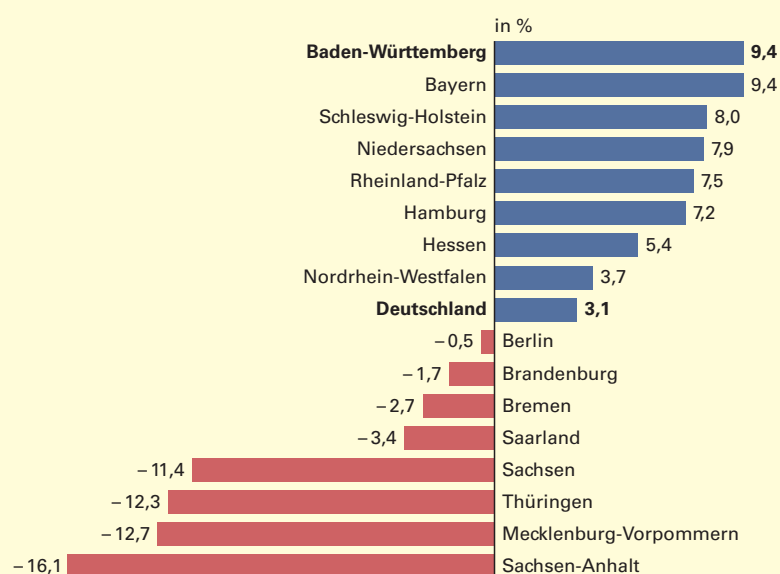
Bevölkerungswachstum wird durch Zuwanderung dominiert

Der Anstieg der Bevölkerungszahl um gut 1,1 Mill. Menschen seit Anfang 1990 resultierte zu mehr als vier Fünfteln aus Wanderungsgewinnen und nur zu einem knappen Fünftel aus Geburtenüberschüssen. Dabei sind die Wanderungsströme in den letzten Jahren in deutlich ruhigeren Bahnen verlaufen als noch in der ersten Hälfte der 90er-Jahre. Damals ergaben sich starke Zustrome von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, von Spätaussiedlern und aus den neuen Bundesländern. Per saldo sind im vergangenen Jahrzehnt jahresdurchschnittlich 68 000 Personen zugezogen; in diesem Jahrzehnt waren es bislang lediglich 31 000 Personen. 2006 betrug der Saldo sogar nur 4 000, 2007 lediglich gut 12 000 Personen (Schaubild 2).

Aus dem Ausland sind seit Anfang 1990 per saldo 632 000 Personen nach Baden-Württemberg gezogen. Zwei Drittel der gesamten Wanderungsgewinne entfielen damit auf Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland. Dabei handelte es sich in erster Linie um Zuwanderungen aus Kasachstan, Russland und Rumänien (hier jeweils überwiegend Spätaussiedler und deren Familienangehörige) sowie aus dem ehemaligen Jugoslawien (Tabelle 1). Allein auf die Wanderungsströme aus diesen vier Ländern entfielen gut 40 % der gesamten Wanderungsgewinne Baden-Württembergs seit 1990.

S1

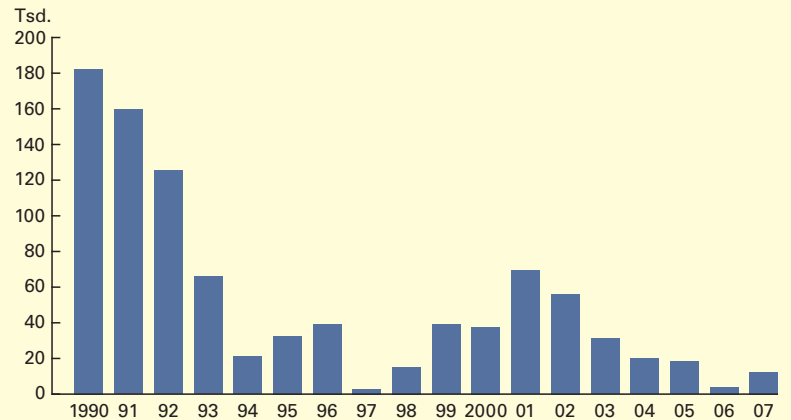
Bevölkerungsentwicklung in den Ländern Deutschlands Ende 1990 bis Ende 2007



Ein Drittel der Wanderungsgewinne wurde seit Anfang 1990 gegenüber den anderen Bundesländern erzielt; hiervon entfiel nur ein Siebtel (43 000 Personen) auf das frühere Bundesgebiet. Dagegen sind per saldo immerhin 256 000 Menschen aus den neuen Bundesländern nach Baden-Württemberg zugezogen.

In den letzten Jahren zeichnet sich allerdings eine merkliche Verschiebung bei den Wanderungsströmen ab: Drei Viertel des gesamten Wanderungsgewinns Baden-Württembergs entfiel seit 2004 auf Gewinne gegenüber den neuen Bundesländern. Dagegen wurden kaum mehr Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland erzielt. Eine der Hauptursachen hierfür war der stetige Rückgang der Spätaussiedlerzahl.

S2 Wanderungssaldo Baden-Württembergs seit 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

992 08

Wandern immer mehr Deutsche aus?

Die in den letzten Jahren gesunkenen Wanderungsgewinne Baden-Württembergs werden auch damit in Verbindung gebracht, dass angeblich immer mehr Deutsche aus dem Südwesten auswandern. Tatsächlich hat die Zahl der Deutschen, die Baden-Württemberg in Richtung Ausland verlassen haben, in den letzten Jahren stetig zugenommen: Waren es im Jahr 2001 erst 18 200, hat sich deren Zahl bis 2007 auf 27 000 Personen erhöht (vgl. *Schaubild 3*). Zusammengenommen haben damit von 2001 bis 2007 rund 152 000 Baden-Württemberger ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt.

Bevorzugtes Zielland ist mit deutlichem Abstand die benachbarte Schweiz. Hierhin zog es seit Anfang 2001 rund 32 900 deutsche Staatsbürger aus Baden-Württemberg. Es folgten Fortzüge in die USA (15 300), nach Frankreich (13 200), Spanien (8 300), Österreich (7 400) und Großbritannien (6 400). Insgesamt entfielen gut zwei Drittel der Auslandsfortzüge in ein europäisches Land.

Ob es sich bei diesen Zahlen tatsächlich und auch in diesem Umfang um dauerhafte Fortzüge im Sinne von „Auswanderung“ handelt, ist

T1

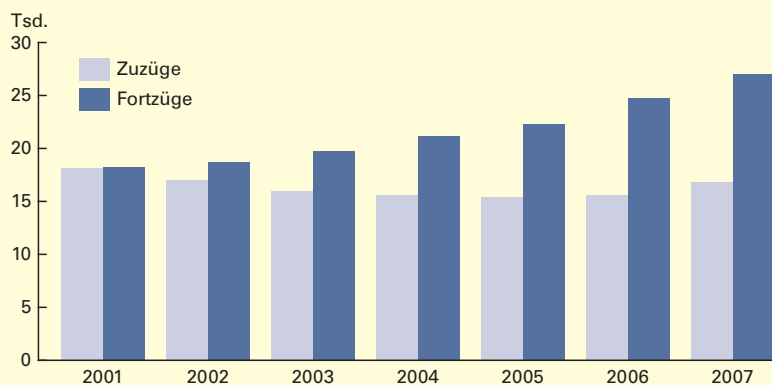
Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg seit 1990 aufgrund von Geburtenüberschüssen und Wanderungsbewegungen nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern

Bevölkerungsbewegung	1990 bis 1994	1995 bis 1998	1999 bis 2003	2004 bis 2007	1990 bis 2007 zusammen
Bevölkerungsveränderung insgesamt¹⁾	+ 653 373	+ 153 971	+ 266 516	+ 57 199	+ 1 131 059
davon durch					
Geburtenüberschüsse	+ 99 143	+ 63 973	+ 34 006	+ 3 241	+ 200 363
Wanderungsgewinne (+), -verluste (-)	+ 554 230	+ 89 998	+ 233 045	+ 54 532	+ 931 805
darunter gegenüber					
Bundesgebiet zusammen	+ 119 044	- 18 982	+ 145 793	+ 53 161	+ 299 016
früheres Bundesgebiet	+ 14 216	- 36 810	+ 53 119	+ 12 811	+ 43 336
neue Länder	+ 104 828	+ 17 828	+ 92 674	+ 40 350	+ 255 680
Ausland zusammen	+ 434 339	+ 108 980	+ 87 249	+ 1 371	+ 631 939
darunter					
Europäische Union (EU-27)	+ 96 035	+ 13 637	+ 11 986	+ 2 736	+ 124 394
ehemaliges Jugoslawien	+ 138 184	- 39 341	- 17 653	- 1 953	+ 79 237
Kasachstan	+ 43 546	+ 54 135	+ 15 645	+ 938	+ 114 264
Rumänien	+ 63 378	+ 11 342	+ 7 251	+ 6 706	+ 88 677
Russland	+ 26 278	+ 45 919	+ 22 388	+ 3 566	+ 98 151
Türkei	+ 27 963	+ 9 345	+ 13 123	+ 190	+ 50 621

1) Einschließlich bestandsrelevanter Korrekturen.

S3

Wanderungsbewegungen von Deutschen zwischen Baden-Württemberg und dem Ausland seit 2001



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

993 08

allerdings mehr als fraglich. In der amtlichen Wanderungsstatistik liegen leider keine Informationen darüber vor, inwieweit die dort dokumentierten Zu- und Fortzüge mit dauerhafter Ein- oder Auswanderung gleichgesetzt werden können. Der Gesetzgeber sieht die Erfassung von Merkmalen, die Hinweise auf Motive oder Dauer eines Auslandsaufenthalts geben können, nicht vor.

1 Vgl. auch Cornelius, Ivar: Fortzüge ins Ausland: Wandern immer mehr Deutsche aus?, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2007, S. 15 ff.

2 Im Jahr 2007 hatte allerdings Berlin eine etwas günstigere Geburten-Gestorbenen-Relation.

3 Ergebnisse der Sterbetafelberechnungen für den Zeitraum 2005/2007.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein Teil der Fortzüge von Deutschen ins Ausland nur vorübergehende Aufenthalte sind (etwa aus beruflichen Gründen), denen nach gewisser Zeit eine Rückkehr nach Deutschland folgt. Das legen nicht zuletzt die Zahlen über die Zuzüge von Deutschen aus dem Ausland nach Baden-Württemberg nahe. So kehrten zwischen 2001 und 2007 insgesamt knapp 115 000 deutsche Staatsbürger aus dem Ausland zurück.

Auch wenn die Bilanz aus Zu- und Fortzügen seit dem Jahr 2001 ein Minus von rund 37 000 Deutschen aufweist, so zeigen die Wanderungsströme im Einzelnen, dass es zwischen Baden-Württemberg und dem Ausland eher einen Wanderaustausch gibt als eine einseitige „Auswanderung“. Gegenüber der Schweiz ist der „Wanderungsverlust“ allerdings enorm und mit steigender Tendenz: Stellt man den Fortzügen seit 2001 die Zahl der „Rückkehrer“ nach Baden-Württemberg gegenüber, so ergibt sich ein Minus von insgesamt etwas mehr als 20 000 Personen.¹

Günstigste Geburten-Gestorbenen-Relation bundesweit, aber ...

Die Geschichte Baden-Württembergs war in demografischer Hinsicht nicht nur durch hohe Wanderungsgewinne, sondern auch durch zum Teil sehr hohe Geburtenüberschüsse geprägt. Der höchste Geburtensaldo mit fast 80 000 Personen wurde 1964 erzielt; damals sind annähernd doppelt so viele Kinder zur Welt gekommen als Menschen gestorben sind. Und auch noch Anfang der 90er-Jahre lag die Zahl der Geburten um immerhin ca. 20 000 über der Gestorbenenanzahl.

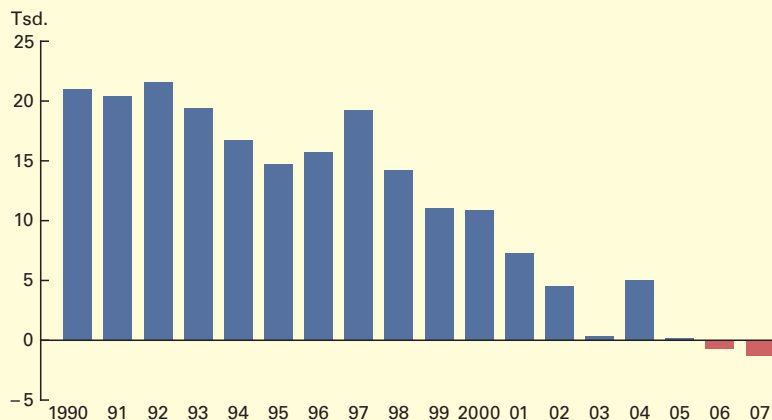
In den Jahren 2001 bis 2005 war Baden-Württemberg das einzige Bundesland mit einem Geburtenüberschuss. Ursache für die günstigste Geburten-Gestorbenen-Relation aller Bundesländer² ist zum einen, dass in Baden-Württemberg die jüngste Bevölkerung lebt. So liegt hier das Durchschnittsalter mit 42 Jahren um immerhin knapp ein Jahr niedriger als im gesamten Bundesgebiet (42,9 Jahre). Insbesondere in den neuen Bundesländern ist die Bevölkerung im Schnitt deutlich älter.

Andererseits hat Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich die höchste Lebenserwartung Neugeborener. Ein neugeborenes Mädchen kann heute in Baden-Württemberg auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von 83,2 Jahren hoffen, ein neugeborener Junge auf 78,3 Jahre.³ Das sind für Jungen 1,4 Jahre und für Mädchen knapp 1 Jahr mehr als im Durchschnitt aller Bundesländer.

Jüngste Bevölkerung trotz höchster Lebenserwartung – diese günstige Situation ist ganz überwiegend auf die beschriebene starke Zuwanderung nach Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Denn die Zuziehenden waren im Schnitt etwa 10 Jahre jünger als die bereits hier lebende Bevölkerung und bewirkten dadurch einen gewissen „Verjüngungseffekt“

S4

Geburtensaldo in Baden-Württemberg seit 1990



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

994 08

... Geburtenüberschüsse werden dennoch der Vergangenheit angehören

Seit dem Jahr 2006 sterben aber auch im Südwesten – wenn auch nur geringfügig – mehr Menschen als geboren werden (*Schaubild 4*). Diese Entwicklung beruht ganz überwiegend auf den in den letzten Jahren zurückgehenden Geborenenzahlen, während die Zahl der Gestorbenen noch relativ konstant ist. Der Rückgang der Geburten ist jedoch nicht auf eine gesunkene Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau), sondern auf eine Abnahme der Anzahl an Frauen im gebärfähigen Alter zurückzuführen.

Auch wenn davon auszugehen ist, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung künftig weiter ansteigen wird, wird sich das Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung aller Voraussicht nach stetig vergrößern. Dies könnte auf längere Sicht dazu führen, dass die künftigen Wanderungsgewinne den Sterbefallüberschuss nicht mehr kompensieren werden, sodass auch für Baden-Württemberg mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen ist. Nach heutiger Kenntnis könnte dieser Trend etwa ab 2012 beginnen und sich in den Folgejahren verstärkt fortsetzen.⁴ So würden dann im Jahre 2030 mit rund 10,5 Mill. Einwohnern etwa 240 000 Menschen weniger im Lande leben als heute. Bis 2050 wäre mit knapp 9,7 Mill. wieder der Bevölkerungsstand von 1990 erreicht. Dies sind knapp 10 % weniger als heute.

Anteil älterer Menschen wird deutlich ansteigen

Mindestens so bedeutsam wie die Entwicklung der Bevölkerungszahl *insgesamt* ist der Verlauf bei der Altersstruktur. Ende 2000 gab es die historische Zäsur, dass erstmals seit Bestehen des Landes hier mehr 60-jährige und ältere Menschen (2,36 Mill.) lebten als unter 20-jährige (2,34 Mill.). Bis Ende 2007 ist der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen auf 21 % gesunken, während der Anteil der 60-Jährigen und Älteren auf rund 24 % zugenommen hat (*Tabelle 2*). Diese Entwicklung wird künftig fortschreiten und lässt sich auf absehbare Zeit nicht mehr umkehren. Nach 2030 wäre die nachwachsende Generation (unter 20 Jahren) nicht einmal mehr halb so stark in unserer Gesellschaft vertreten wie die ältere Generation (60 und mehr Jahre).

Mögliche Konsequenzen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel hat weitreichende Konsequenzen für praktisch alle Gesellschafts-

T2

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bis 2050 nach ausgewählten Altersgruppen*)

Jahr ¹⁾	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren			Durchschnittsalter
		bis 19	20 - 59	60 und mehr	
	1 000	%			Jahre
1950	6 478	31	55	14	34,3
2000	10 524	22	55	23	40,2
2005	10 736	21	55	24	41,4
2007	10 750	21	55	24	42,0
2010	10 766	20	55	25	42,7
2015	10 755	18	55	26	43,9
2020	10 710	17	54	29	45,0
2025	10 632	17	51	32	45,9
2030	10 511	17	48	35	46,8
2040	10 167	16	47	37	48,6
2050	9 692	15	46	39	49,8

*) Bis 2007 Ist-Werte, danach Vorausrechnung Basis 2005, Variante 1: Wanderungsgewinne von jährlich 17 000 Personen. – 1) Stand jeweils 31. Dezember.

Datenquelle: Cornelius, Ivar: Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 – Ergebnisse einer neuen Vorausrechnung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 2/2007, S. 5 ff.

bereiche, sei es die Kinderbetreuung, den Bildungsbereich, den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen oder die Alterssicherungssysteme. Einer effizienten Nutzung der bestehenden bzw. einer weitsichtigen Planung der neu zu schaffenden Infrastruktur gerade im kommunalen Bereich dürfte deshalb eine entscheidende Rolle zukommen. Enormer Handlungsbedarf besteht sicherlich – unter anderem – in folgenden Bereichen:

- Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren stetig zurückgehen. Bis zum Schuljahr 2025/26 wird aus heutiger Sicht fast jede vierte Schulbank leer bleiben. Im Grundschulbereich hat der Schülerrückgang bereits eingesetzt, in etwa 20 Jahren wird es dort ein Fünftel weniger Schüler geben als heute. Die Hauptschulen werden mit einem Minus von fast einem Drittel den relativ größten Rückgang von den weiterführenden Schulen erleben.

- Das Erwerbspotenzial wird auf lange Sicht sinken und zunehmend altern. Berufliche Fortbildung und Neuqualifizierung werden deshalb künftig auch im höheren Erwerbsalter eine noch größere Bedeutung erhalten.

- Die Zahl der Pflegebedürftigen wird altersstrukturbedingt erheblich ansteigen. Bestehen auch künftig die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden (ab 85 Jahre zu 40 %), dann würde die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 um etwa die Hälfte zunehmen.

⁴ Vgl. Cornelius, Ivar: Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 – Ergebnisse einer neuen Vorausrechnung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2007, S. 5 ff.

Da sich Haushalts- und Familienstrukturen ändern, muss darüber hinaus damit gerechnet werden, dass die alten Menschen von morgen weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis bekommen als heute. Der Bedarf an außerfamiliären Einrichtungen wird deshalb ansteigen.

■ Im Jahr 2007 wurden insgesamt nur noch 33 400 Wohnungen fertiggestellt – der geringste Wert seit Bestehen des Landes. Vor dem Hintergrund mittel- und langfristig sinkender Bevölkerungszahlen wird sich die Bauwirtschaft auf einen weiteres Absinken bezüglich des Fertigstellungsbedarfs im Wohnungsbau einstellen müssen.

Angesichts der langfristigen Wirkungen demografischer Entwicklungen ist es wichtig, sich rechtzeitig auf die so bewirkten Veränderungen

einzustellen. Nur so kann der soziale, ökonomische und technologische Strukturwandel möglichst reibungsfrei gestaltet werden.

Der demografische Wandel eröffnet aber auch Chancen. So bietet beispielsweise der Rückgang der Kinderzahlen eine gute Ausgangsposition für den bedarfsgerechten Aus- und Umbau der Kindertagesbetreuung. Weniger Kinder im Kindergartenalter werden in den Kindergärten freie Kapazitäten schaffen, die für eine Angebotsausdehnung (längere Öffnungszeiten, Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren) oder auch zur Verbesserung der Betreuungsqualität (Sprachförderung, kleinere Gruppen) genutzt werden können. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Werner Brachat-Schwarz, Telefon 0711/641-25 70,
Werner.Brachat-Schwarz@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Gerhard-Fürst-Preis 2009 des Statistischen Bundesamtes

Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt jährlich den Gerhard-Fürst-Preis in den Kategorien Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten (einschließlich Master- und Bachelorarbeiten). Mit ihm werden herausragende Arbeiten ausgezeichnet, die entweder theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2009 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 31. März 2009 mindestens mit der Note „gut“ respektive „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Die Prämie für eine auszuzeichnende Dissertation beträgt 5 000 Euro und für eine auszuzeichnende Abschlussarbeit 2 500 Euro. Darüber hinaus veröffentlichen die Preisträgerinnen und

Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit unter anderem eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Master-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit. Die vorgeschlagene Arbeit ist 3-fach und die übrigen Unterlagen sind in 9-facher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Alle Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der
Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2009 (Datum des Poststempels). Nähere Informationen erhalten Sie auch im Internet unter www.destatis.de in der Rubrik „Wissenschaftsforum“ oder unter der Telefonnummer 0611/75-26 03, E-Mail: institut@destatis.de. ■